

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 11.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6176.

Hannover,  
Sonntags, 3. Juni 1899.

Inserate kosten pro 8spaltiger Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Keimstr. 21. Verlag: Gosecke 9A.

8. Jahrg.

## Der 3. deutsche Gewerkschaftskongress.

### Zum Beschluß erhobene Resolutionen.

#### Generalkommission und deren Thätigkeit.

Der Gewerkschaftskongress wählt die aus sieben Mitgliedern bestehende Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Zur Unterstützung derselben wird von den Zentralvorständen der Gewerkschaften, die regelmäßig Beiträge an die Generalkommission zahlen, und den dazu berechtigten Lokalorganisationen je ein Vertreter ernannt. Diese Vertretung führt den Namen „Gewerkschafts-Ausschuß“. Der Zusammensetzungsbeschuß hat nach Bedarf, mindestens aber vierteljährlich einmal, zu erfolgen.

Jede Gewerkschaft hat vierteljährlich an die Generalkommission einen Beitrag von 3 Pf. pro Kopf ihrer Mitglieder zu zahlen. Am Anfang einer Geschäftsjahresperiode der Generalkommission sind in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Gewerkschafts-Ausschuß eine Geschäfts-Ordnung für den Ausschuß, die Verteilung der Rechte der Generalkommission und eventuelle Beschlüsse und Remunerationen festzusetzen.

#### Die Aufgaben der Generalkommission sind:

1. Die gewerkschaftliche Agitation namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern und den Zusammenschluß kleiner, existenzfähiger Verbände und Lokalorganisationen zu leistungsfähigen Zentral-Verbänden anzuführen.

2. Die von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistiken, soweit sie allgemeines Interesse haben, zusammenzustellen und solche über Stärke, Leistungen und Entwicklung der Gewerkschaften, sowie solche über sämtliche Streiks selbstständig aufzunehmen.

3. Ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Zentralvereine in genügender Zahl zur Verfügung an deren Hauptstellen, sowie den Gewerkschaftskartellen und Agitationskommissionen auszugeben, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nötigen Vermittlungen zu veröffentlichen und, so weit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung zu bewerkstelligen.

4. Pflege der internationalen Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder, sowie Sammlung und Aufbarmachung des über Entstehung und Entwicklung dieser Beziehungen in den einzelnen Gewerkschaften vorhandenen Materials.

5. Soweit die der Generalkommission zur Verfügung stehenden Mittel hierzu ausreichen, und die Gewinnung geeigneter Personen hierfür möglich:

a) Sammlung und Aufbarmachung des in den amtlichen Publikationen des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden (als Statistik des Deutschen Reiches, Jahresberichte der Fabrikinspektoren, der statistischen Landes- und städtischen Ämter etc.), ferner in den Berichten der Handels- und Gewerbelammern, der Versicherungsbehörden, Krankenkassen etc., sowie in Zeitschriften und sonstigen Druckwerken sich immer mehr anhäufenden Agitationsmaterials speziell für die Gewerkschaftsbewegung.

b) Erweiterung des „Correspondenzblattes“, so daß dasselbe eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften, über die Streikbewegung, über die innere Einrichtung und Verwaltung der verschiedenen Organisationen, über wichtige Diskussionen in den Fachblättern, besondere Eigentümlichkeiten einzelner Berufe und deren Einwirkung auf die Organisation, Auszüge aus den regelmäßigen Abrechnungen der einzelnen Verbände, Berichte über die Geschäftslage, über die Unternehmer-Organisationen, über wichtige Prozesse etc., sowie auch das nach der Aufgabe unter a) bearbeitete Material enthält.

c) Herausgabe eines Jahresberichts der Generalkommission, welcher als Handbuch für alle wichtigeren Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann. In dem Jahresberichte sind die jährlichen statistischen Ausweise über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren Einnahmen und Ausgaben nebst der Streikstatistik zu veröffentlichen.

d) Die Auffklärung der Arbeiter durch geeignete Publikation über die Bedeutung der staatlichen Arbeiterversicherung und die Wahl der Arbeitervertreter zu den hier in Betracht kommenden Körperschaften; ferner: Leitung aller diesbezüglichen Wahlen, welche die Einrichtung von einer Zentralstelle aus erfordern.

6. Die allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongresse einzuberufen und die hierzu nötigen Vorarbeiten zu erledigen. Diese Kongresse sind nach Bedarf, mindestens jedoch alle drei Jahre, einzuberufen. Auf Antrag der Hälfte der bei der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften ist die Generalkommission verpflichtet, einen Kongress einzuberufen.

Zur Teilnahme an diesen Kongressen sind sämtliche Zentralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, welche verbunden sind, sich zentral zu organisieren. Ausgeschlossen von der Teilnahme an den Kongressen sind alle Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen Delegierten zu wählen. Kleinere Gewerkschaften wählen einen Delegierten. Wichtige Ämter entscheidet die Zahl der durch die Delegierten vertretenen Mitglieder. Die Generalkommission kann zu denjenigen Berufskongressen, wo es nötig erscheint, einen Vertreter entsenden.

#### Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter.

Der Gewerkschaftskongress erklärt: Da der Arbeitsvertrag heute kein individueller mehr ist, sondern infolge der Beschäftigung größerer Massen von Arbeitern durch einen Unternehmer ein korporativer sein muß, so ist es ein Erfordernis der natürlichen Gerechtigkeit, daß den Arbeitern die Freiheit der Vereinigung zum Abschluß eines gemeinsam vereinbarten Arbeitsvertrages gegeben wird.

Die Vorenthaltung dieses Rechtes der Vereinigung ist der offenkundige Ausdruck dafür, daß die gesetzgebenden Faktoren eines Staates beabsichtigen, das Unternehmertum zu bevorzugen und die Arbeiterschaft zu hindern, durch korporativen Abschluß des Arbeitsvertrages die möglichst günstigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.

Es genügt aber nicht, daß das Koalitionsrecht in der Gesetzgebung anerkannt wird, sondern es müssen alle Gesetzbestimmungen, die der Ausübung dieses gesetzlich anerkannten Rechtes entgegenstehen, beseitigt werden.

In Deutschland (mit Ausnahme weniger Bundesstaaten) führt die Unterstellung der gewerkschaftlichen Organisationen unter die eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes bezweckenden Vereinsgesetze dazu, daß die Ausübung des im § 152 der Gewerbeordnung garantierten Koalitionsrechtes von dem guten oder schlechten Willen der Polizeibehörden abhängig ist. Diese handeln aber keineswegs nach einheitlichen gerechten Grundätzen, sondern lassen es zu, daß die Unternehmerorganisationen ungehindert und unbeschränkt die vereinsgesetzlichen Bestimmungen übertreten können, während den Arbeiterorganisationen durch fortgesetzte Eingriffe der Behörden die Ausübung ihrer Thätigkeit nicht nur erschwert, sondern vielfach nahezu unmöglich gemacht wird.

Die neuerdings gegen die Gewerkschaften geplante Ausnahmegesetzgebung, die angeblich dem Schutze der sogenannten Arbeitswilligen dienen soll, muß als ein neuer Versuch, eine Beschränkung des Koalitionsrechtes herbeizuführen, angesehen werden weil dadurch, daß von 1892 bis 1898 von je 1000 Streitenden nur 3 wegen Vergehen bei Streiks bestraft worden sind, während durchschnittlich in Deutschland auf 1000 strafmündige Personen 10,8 Bestrafte kommen, ausreichend erwiesen wird, daß eine solche Gesetzgebung nicht notwendig ist.

Die in dem Gewerkschaftskongress vereinigten Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erklären, daß sie in ihrer zum Teil langjährigen Praxis im Gewerkschaftsleben die Erfahrung gemacht haben, daß die Verantwortung für das Ausbrechen eines Streiks in den meisten Fällen die Unternehmer trifft.

Die in den Gewerkschaftsverbänden organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben in allen Fällen eine friedliche Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern herbeizuführen gesucht, ehe sie zum Streik gezwungen werden.

Die Unternehmer haben, mit wenig Ausnahmen, ganz im Sinne der im deutschen Staatsleben vorherrschenden Tendenz, es rücksichtslos juridisieren, die Organisationen der Arbeiter als berechtigten Faktor bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen anzuerkennen, jede friedliche Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter verhindert und dadurch die Arbeiter zum Streik angereizt.

Der Gewerkschaftskongress erklärt, von dieser, aus der Erfahrung gewonnenen Erkenntnis ausgehend, daß eine Verschärfung der auf die Streiks Bezug habenden, gegen die Arbeiter gerichteten Strafbestimmungen, besonders die in Aussicht genommene Bestrafung der Arbeiter, welche zu einem Streik anreizen, gleichbedeutend ist mit einer völligen Aufhebung der durch § 152 der G.-O. gewährten Koalitionsfreiheit, die durch § 153 der G.-O. seitens der Gerichte, durch Anwendung der Vereinsgesetzgebung auf die Gewerkschaften und durch die heute übliche Polizeipraxis ohnehin auf ein äußerst geringes Maß herabgedrückt ist.

Der Gewerkschaftskongress protestiert energisch gegen den Gedanken, daß jumeit von der Verweisung über ihre Notlage getriebene, für sich und ihre Familien um eine bessere Existenz ringende Arbeiter, welche zum letzten ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, der Arbeitslosigkeit, greifen und ihre Arbeitsgenossen zu gleichem Thun anfordern, dem Verbrecher gleich geachtet und mit Zuchthausstrafe bedroht werden sollen.

#### Die Gewerbeinspektion.

Bei diesem Punkt der Tagesordnung gelangte folgende Resolution zur Annahme:

1. Bildung von Beschwerdekommmissionen (mit besonderer Eingeziehung weiblicher Vertrauenspersonen), wo solche noch nicht bestehen, im Anschluß an die Gewerkschaftskartelle und lebhafte persönlicher Verkehr der Vorstehenden dieser Kommissionen mit den Ausschäftsbeamten, wobei im Interesse der Arbeiterfrage die mancherlei Eigentümlichkeiten jener Beamten in den Kauf zu nehmen sind.

2. Beschafte Benützung dieser Kommissionen durch die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bei Uebermittlung von Anzeigen und Beschwerden an diese Körperschaften weniger Maßregelungen zu befürchten haben, als bei direktem Verkehr mit dem Inspektor, welche aber auch bei der Befestigung der Fabriken durch die Beamten selbst mehr Energie und Unerbrotendheit dadurch beweisen müssen, daß sie die Beamten an Ort und Stelle auf Widersprüche aufmerksam machen.

3. Regelmäßiger Verkehr der Zentralverbände, örtlichen Hauptstellen, Kartelle, Arbeitersekretariate und Krankenkassen mit den Inspektoren nach württembergischer Muster, und namentlich regelmäßiger Uebermittlung von Material über die Lebenslage der Arbeiter durch jene Organe an die Zentralstellen und örtlichen Beamten der Gewerbeinspektion für deren Jahresberichte über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung.

Der Kongress verheißt sich allerdings nicht, daß eine einseitige Befriedigung der Verbindung der Arbeiter mit der Gewerbeinspektion und die wirkliche Aufbarmachung der staatlichen Aufsicht für die Arbeiterschaft erst möglich werden wird durch weitgehende Reformen der Gewerbeinspektion selbst, nämlich durch Ausdehnung derselben auf Handwerk, sowie Klein- und Hausindustrie, Handel, Transport und Verkehr, Zentralisierung in eine Reichsinspektion, Vermehrung der Beamten durch Gehilfen und Gehilfinnen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen, sowie Unabhängigkeit der Beamten mit Vollzugsrecht und voller Unabhängigkeit.

#### Tarife und Tarifgemeinschaften.

Tarifliche Vereinbarungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei

Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Besuchen erstrebenswert, in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Dauer und Umfang der tariflichen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sie hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab.

#### Arbeitersekretariate.

Der Gewerkschaftskongress erblickt in den Arbeitersekretariaten einen bedeutenden Fortschritt der Arbeiterorganisationen und spricht diesen Einrichtungen seine volle Sympathie aus. Gleichwohl warnt der Kongress vor Ueberstürzung bei Gründung von Arbeitersekretariaten und empfiehlt den örtlichen Gewerkschaftskartellen, Arbeitersekretariate erst dann zu errichten, wenn die finanzielle Grundlage für diese immerhin kostspieligen Organisationen gesichert erscheint. Der Gewerkschaftskongress hält es für erforderlich, daß die Arbeitersekretariate engste Fühlung mit den Gewerkschaftsorganisationen unterhalten und darauf in den Arbeitsplänen Rücksicht nehmen. Soweit den Arbeitersekretariaten eine eigene publizistische Vertretung wünschenswert erscheint, steht den Sekretären beim. Verwaltungen der Arbeitersekretariate das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verfügung. Die Generalkommission hat, wenn in großindustriellen Bezirken, wo die örtliche Gewerkschaftsorganisation noch nicht genügend erstarkt ist, die Gründung von Arbeitersekretariaten erfolgt und aus den Mitteln der beteiligten Arbeiterschaft die Kosten nicht vollständig gedeckt werden können, diese Institution entsprechend finanziell zu unterstützen.

#### Arbeitsvermittlung.

Die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung ist ein wertvolles Mittel zur Hebung der Lage der Arbeiter und zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Der Kongress hält deshalb nach wie vor an dem grundsätzlichen Standpunkt fest, daß der Arbeitsnachweis den Arbeiterorganisationen gebührt. Die Mitwirkung von Staat und Gemeinde bei der Arbeitsvermittlung kann deshalb nur darauf beschränkt sein, die Mittel für die dazu notwendigen Einrichtungen und deren Erhaltung zur Verfügung zu stellen.

Der Kongress erkennt dagegen an, daß es unter den gegenwärtigen bestehenden Verhältnissen an manchen Orten für eine solche Verwertung von Arbeitskräften, wie sie an kommunalen Arbeitsnachweisen zu beobachten sind, jedoch nach folgenden Grundätzen zu gestalten:

- Verwaltung durch eine, in gleicher Zahl von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je in freier Wahl gewählten direkten Vertretern, zusammengesetzte Kommission, unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden;
- Führung der Geschäfte durch aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangene Beamte; Wahl derselben durch die Verwaltungskommission;
- Ablehnung der Vermittlung von Arbeitskräften an solche Arbeitgeber und Dienstherren, welche notorious ihre Pflichten als Arbeitgeber nicht erfüllen, sowie an solche Arbeitgeber, welche bei ausbrechenden Differenzen mit ihren Arbeitern in keine Verhandlungen zur Beilegung derselben mit der zuständigen Arbeiterorganisation eintreten wollen;
- genaue Feststellungen über die Lohnbedingungen und Veröffentlichung derselben mit den übrigen Ergebnissen der Arbeitsnachweisstatistik;
- vertragmäßige Verpflichtung der Arbeitgeber, die vor dem Arbeitsamt angegebenen Arbeits- und Lohnbedingungen nach erfolgter Einstellung auch zu erfüllen, um den Arbeiter oder Diensthofen vor Täuschung oder Benachteiligung zu schützen;
- vollständige Gebührenfreiheit und Uebernahme der gesamten Kosten auf die Gemeinde- oder Staatskasse.

So kommunale Arbeitsämter errichtet werden, hat die organisierte Arbeiterschaft ihren berechtigten Einfluß geltend zu machen und für die Durchführung vorstehender Forderungen einzutreten, ohne daß die einzelne Gewerkschaft verpflichtet werden kann, den etwa bestehenden, gut funktionierenden Facharbeitsnachweis ohne besonderen Grund aufzugeben. Derartige Facharbeitsnachweise sind jedoch möglichst mit dem städtischen Arbeitsamt in Verbindung zu bringen, um eine vollständige Arbeitsnachweisstatistik zu ermöglichen.

Paritätische Arbeitsnachweise sind nicht zu verwerfen, wenn es dadurch den Arbeitern gelingt, zugleich ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse günstiger und stabiler zu gestalten.

In den Arbeitsnachweisen der Innungen fällt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ebenfalls die Aufgabe zu, diese, wenn sie einmal geschaffen, nach Möglichkeit im Interesse der Arbeiter auszugestalten.

#### Gewerkschaftskartelle.

Die Gewerkschaftskartelle haben die gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen ihres Ortes zu vertreten, wie Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergwesens, der Statistik, Bibliotheken, Errichtung von Arbeitersekretariaten etc. Sie haben die Arbeiterinteressen gegenüber den Behörden: Gewerbeinspektion, Gemeindeverwaltung etc. und bei Wahlen zu Gewerbeämtern und Versicherungsanstalten zu wahren. Sie haben weiter im Einverständnis mit den betreffenden Organisationsleitungen die Agitation unter den Berufen, deren Organisationen aus eigener Kraft dazu nicht im Stande sind, zu unterstützen.

Die Beschlußfassung über Streiks ist ausschließlich Aufgabe der Vorstände der Zentralverbände.

Die Kartelle sind verpflichtet, dem Zentralvorstand der Organisation, die am Orte in einen Streit eintrifft will oder sich im Streit befindet, auf Erfordern einen Situationsbericht zu geben. Materielle Unterstützung wird seitens des Kartells nur dann gewährt, wenn der Zentralvorstand der im Streit befindlichen Organisation dies beantragt oder seine Zustimmung erteilt hat. Ueber die Taktik bei Lohnbewegungen und bei auftauchenden Fragen innerhalb ihres Gebietes entscheidet die betreffende Gewerkschaft selbstständig.

Soweit die wichtigsten Beschlüsse des Kongresses, eine auch nur knappe Wiederholung der Verhandlungen müssen wir uns aus Raummangel versagen und unsere Kollegen auf das sehr bald erscheinende ausführliche Protokoll verweisen.

(Dampfer mit flüssiger Feuerung. — Hebung und Verschiebung von Gebäuden. — Wirkung neuer Geschosse. — Neue Verpackungsmittel.)

Um Dampf mit flüssiger Feuerung für mehrere Reifen zu verwenden, werden jetzt in England Versuche angestellt. Der Dampfer „Galliot“ wurde auf der Werft von Armstrong, Elswick & Co. gebaut und ist für den Dienst nach Ostafrika bestimmt. Das Schiff ist 248 Fuß lang, 40 Fuß breit und 17,8 Fuß tief und besitzt zwei Compoundmaschinen nebst Kessel für Dampferzeugung. Die Zuführung des Oeles von den Dampferkammern nach den Feuerungen erfolgt mittels Dampfpumpen, deren Tätigkeit je nach Bedarf reguliert werden kann. Die Dampferkammern sind vollkommen dicht hergestellt, können indessen auch für Kohlen benutzt werden. Die ersten Probefahrten fanden abwechselnd unter Verwendung von Kohlen und Oel statt, um für einen Vergleich der Resultate beider Feuerungssysteme genaue Daten zu sammeln. Der Dampfer erzielte auf der ersten Probefahrt eine Geschwindigkeit von 20,6 Meilen.

Die Hebung und Verschiebung von Gebäuden wird in Amerika häufig angewendet und beginnt auch in der europäischen Technik sich einzubürgern, und zwar sind es die bayerischen Eisenbahntechniker, welche bei uns die ersten erfolgreichen Versuche auf diesem Gebiete gemacht haben. Im November 1898 wurde als erstes Beispiel dieser Art ein dreigeschossiges 120 Quadratmeter großes Bahnhofsgebäude in Aachen verlegt, welches den notwendigen Gleisverbreiterungen im Wege stand, um mehr als 100 Meter verschoben und 1,2 Meter gehoben. Man brachte dazu, nachdem die Vorarbeiten, die Ausgrabung der Fundamente, die Befestigung des ganzen Bauwerkes auf einem Balkenrost mit Rollen u. vollendet war, innerhalb noch einen Zeitraum von 17 Tagen, da man bei der vollständigen Unerfahrenheit in solchen Arbeiten mit dem 15 000 Zentner schweren, auf meterhohen Fundamenten ruhenden Hause nicht allzu schnell vorzurücken wagte. Die größte Leistung an einem Tage betrug etwas über 10 Meter. Am 17. Dezember war das Gebäude an seinem neuen Standpunkte wieder vollständig untermauert und zeigte sich bei sorgfältiger Untersuchung in tadellosem Zustande; es war nicht einmal eine Fensterleiste zertrümmert. Die Verschiebungskosten beliefen sich auf 10 000 Mk., während der anfangs geplante Abbruch und Neubau fast das Doppelte erfordert und außerdem bedeutend längere Zeit in Anspruch genommen hätte.

Zwischen hat allerdings die Kunst, Gebäude und Baukonstruktionsstücke zu verschieben, in Amerika schon wieder eine andere höhere Stufe erklommen. Es ist schon in früheren Jahren häufiger berichtet worden, daß in Amerika der Transport großer Häuser vollzogen worden, ohne daß dieselben überhaupt von ihren Bewohnern verlassen worden sind. Man braucht diese Nachrichten durchaus nicht mit Mißtrauen anzusehen, sie beruhen meist vollständig auf Wahrheit. Selbst Kirchen sind schon, zum Beispiel in Chicago, aus ästhetischen oder baulichen Rücksichten auf größere Entfernungen verschoben worden. Interessant in technischer Beziehung war die im Jahre 1895 vollzogene Verschiebung einer großen Fabrik in der Nähe der amerikanischen Eisenbahnstation, Jomilla Falls Station. Nicht etwa aus Kellern-Rücksichten oder Sacht zum Abenteurerlichen, sondern weil thätiglich bringende Vorkommnisse keine Betriebsunterbrechung gestatteten, mußte das Gebäude beim vollen Gange der Maschinen, und zwar teilweise auf einer Entfernung von 90 Meter, verschoben werden. Man legte nach der „Tech. Zeitung“ das zum Theil dreigeschossige, zum Theil zweigeschossige Haus in drei Abschnitte, von denen jeder einzeln transportiert wurde. Die mittlere und schmalste Sektion, in welcher sich die Betriebsmaschine befand, wurde abgebrochen und durch einen Kran abgehoben; inzwischen wurde der Betrieb durch einen Doppelkran in einem der anderen Theile untergebrachten Motor und der zugehörigen Werkzeugmaschinen wurde ein großer, dreigeschossiger Teil der Fabrik im Laufe von fünf oder sechs Tagen um 90 Meter nach Süden und 15 Meter nach Osten verschoben. Durch eine Drehung der Frontmauer wurde es ermöglicht, das dritte Stück der Fabrik, welches zweigeschossig war und keine Arbeitsmaschine enthielt, nur um eine Straße von 15 Metern hinweg zu führen. Vor dem Transport begnügte man sich damit, die Wände der einzelnen Gebäudetheile durch eiserne Streber zu verankern und die bloßgelegten Fundamente durch eiserne Rollen zu unterstützen. Das Antriebsmittel beim Transport bildeten zehn Pferde, deren Zugkraft durch Flaschenzüge verstärkt wurde.

Fortschritte in der Geschosfabrikation. Als wichtigste Folgen des spanisch-amerikanischen Krieges für die Eisenindustrie betrachtet die „Eisen-Zeitung“ folgende Ergebnisse: Derjenige wird in einem Infanteriekriege zur See stets der Sieger bleiben, der die besten Panzer und die besten und am schnellsten feuervermögende Geschosse besitzt. Deshalb machen fast alle Seemächte der Welt zur Zeit große Anstrengungen, ihre Flotten zu modernisieren und ihr Geschosswesen auf die Höhe der Zeit zu bringen.

Bisher hatte ein Geschos stets die Aufgabe, ein Geschos ins Ziel zu schleudern. Dort sollte dasselbe entweder durch seine lebendige Kraft das Ziel, etwa den Panzer eines Schiffes, durchdringen und zerstören oder es sollte durch Sprengwirkung in eine Menge Sprengstücke zerfallen, die einen größeren Raum verdrängend zu zerstören hatten. Man muß verstehen, daß diese Wirkung eines Geschosses eigentlich ein wenig veraltet ist, selbst wenn man gelernt hat, mit Nitroglycerin, Dynamit oder Sprenggelatine am Ziel weit stärkere Wirkungen hervorzubringen, wobei es genügt darauf anzukommen, das Geschos in einzelne Sprengstücke zu zerlegen.

Die Amerikaner haben zuerst im letzten Kriege Dynamitgeschosse auf dem eigens zu diesem Zwecke gebauten Dampfer „Bepowas“ gegen die spanischen Befestigungen in Anwendung gebracht. Die Wirkung soll eine „betäubende“ gewesen sein. Die Amerikaner scheinen aber auch einen Schritt weiter gehen zu wollen und haben neuerdings Dynamitgeschosse zum Gebrauch für die Feld-Artillerie konstruirt, die nach amerikanischer Auffassung sein sollen, die gesammten Feld-Artillerie vollständig um und umzuwandeln. Es handelt sich nämlich um die „Eisen-Dubley pulververpackte Kanone“. Das Geschos dieser Kanone ist eine ungefähr 90 Zentimeter lange Kugel, die mit 2 Kilo Sprenggelatine geladen, insgesamt nur 6 Kilo wiegt. Das Kanonengewehr ist 14 Fuß lang und hat 2 1/2 Zoll Bohrung.

Es ist unmöglich, aus gewöhnlichen Geschossen Dynamitgeschosse zu schleudern, weil der erste Stoß der Pulvergasse so groß ist, daß auch das Dynamit des Geschosses sofort zur Explosion gebracht würde, ehe es den Lauf verläßt. Man läßt daher diese Dynamitgeschosse durch Imprägnirte Luft schleudern, welche nicht brennbar ist, sondern mit geringem Anzugsdruck wirkt und nach und nach die Geschwindigkeit im Rohr erhöht; zu dem Zwecke werden auch die Röhren sehr lang gemacht. Soweit ging die Sache bisher und ließ sich gut, nur mußte man eine besondere Vorrichtung zur Kompression der Luft haben. In diese Vorrichtung waren die Geschosse locker geladen und deshalb konnte von praktischem Nutzen. Anders ist die Sache bei dem neuen Geschos. Dasselbe erzeugt sich die erforderliche Druckluft nämlich selbst, und zwar gerade in dem Augenblicke, wo sie gebraucht wird. Zu dem Zweck liegt unter dem eigentlichen Kanonengewehr ein zweites von 4 1/2 Zoll Bohrung und 7 Fuß Länge. Hierin kommt die Ladung von 20 bis 250 Gramm zur Explosion. Die sich ausdehnende Luft

tritt durch einen Kanal hinter das Geschos im Hauptrohr und entzündet ihm sofort beschleunigte Geschwindigkeit. Der Beschleunigungsmechanismus ist außerordentlich einfach und starr und gestattet das Abfeuern erst in dem Augenblicke, wo Alles in der richtigen Lage ist. Das Geschos ist nicht gezogen, sondern einfach glatt. Das Geschos erhält keine besondere Bewegung erst außerhalb des Rohres durch den Luftdruck. Zu dem Zweck ist am hinteren Theil des Geschosses eine Kammernröhre angebracht. Die Vortheile, die die Amerikaner diesem Geschos zuschreiben, sind sehr mannigfaltig. Die ganze Kanone wiegt einschließlich Sektors nur 600 Kilo. Man kann sie sehr leicht auseinandernehmen und auf schwierigen Wegen getrennt transportiren. Die Ertriebskraft reicht auf 2 bis 3 Kilometer und am Ziel ist das explosivere Dynamit auf 30 Meter in der Runde wirksam und zwar entsprechen die 4 Pfund Kobalt-Selatine, womit das Geschos geladen ist, etwa 80 Pfund gewöhnlichen Pulvers in der Sprengwirkung. Vor Allem aber rechnet der Erfinder, Herr Sims, der sich bereits durch die Erfindung des leuchtenden Torpedos einen Namen gemacht hat, mit der Einfachheit und Billigkeit der Herstellung dieser neuen Geschosse, die gar keiner großen Maschinen bedürfen, sondern in großen Massen fabrikmäßig nach Schablone genau so gemacht werden können, wie die modernen Geschosse, und zwar so, daß die einzelnen Theile auswechselbar sind. Größere Dynamitgeschosse dieser Art sollen noch eine besonders merkwürdige Art der Anwendung finden. Will nämlich ein Schiff eine Fahrtreise erwünsigen, die durch Seeminen gesperrt ist, so schießt es in seiner Fahrt ein solches Dynamitgeschos ins Wasser, wodurch alle Minen in der Nähe zur Explosion gebracht werden.

Jedenfalls hat der spanisch-amerikanische Krieg eine ganze Menge von Anregungen gebracht, die in der einen Richtung wirken müssen, das ist Mehrausbau von Eisen und Stahl und Verbesserung des Materials. Für die Herstellung guter Kriegsschiffe kommt als schwerwiegendstes Moment die Panzerung und die Bewaffnung in Betracht. Durch die Erfindung des Nickelstahles und durch die Methode, durch welche Harvey die Panzerplatten herstellte, war der Panzer Jahre hindurch unbesiegt. Selbst Geschosse mit gehärteter Stahlspitze aus geschlossenen Schmelzen schiedert, zerbrachen schmachlos an der harten Oberfläche; nur wenigen Geschossen gelang es, teilweise einzudringen, nur dann das gleiche Schicksal zu theilen; ein Durchschlagen dieser Panzerplatten fand in keinem Falle statt. Doch da gelang das Unglaubliche durch eine einfache Maßnahme, der man im ersten Augenblicke eine unglückliche Wirkung zuschreiben möchte. Die zum Einbringen in die Panzerplatte so unbedingt notwendig erscheinende gehärtete Spitze wurde zwar nicht entfernt, aber doch durch eine Stappe weichen Stahles vollständig angeheftet, und nun wurde das Unerwartete Ereignis. Das Geschos durchdrang nicht nur glatt eine Nickelstahlplatte von 200 Millimetern, sondern durchschlug auch noch die 250 Millimeter starken Eisenplatten und drang dann noch an 3 Meter in das Erdreich ein. Eine Befestigung ergab, daß es diese ungeheure Arbeit verrichtet hatte, ohne im Geringsten selbst verletzt zu sein. Die weiche Stahllappe hatte die Spitze beim Aufschlagen gegen Periplütern geschützt, ihr Zeit gegeben, einzudringen und maßgeblich auch dem Geschos noch als Schmiermaterial gedient.

Damit eröffnet sich natürlich für alle „Kultur“-Völker die angenehme Aussicht, nach wie vor alljährlich Unsummen für denartige Krieges-Bestellungen aufbringen zu müssen. In einem zeitwilligen Stillstand der Technik auf diesem Gebiete kann überhaupt nicht gedacht werden. Was heute noch gut und brauchbar ist, kann schon morgen durch eine neue Erfindung alt und vollkommen überholt sein!

Mit der zunehmenden Ausdehnung des Handels wird der Bedarf nach guten neuen Verpackungsmitteln immer größer. Um die Holzstämme möglichst widerstandsfähig zu machen, wurde bisher das beste Holz genommen, die Bretter fest aufeinander genagelt; häufig umgiebt man die Stämme auch noch mit eisernen Bändern oder macht sie durch Anknägen von Reiften fester. Am Bestimmungsort angelangt, ist dann auch die Stifte so leicht nicht zu öffnen. Zange und Hammer müssen in Thätigkeit treten; die Stifte sind oft zerbrochen oder doch ganz aus den Fugen gedrückt und so nach der ersten Weile bereits alt und schlecht verwendbar, was, da es sich doch um einen verhältnismäßig kostspieligen Gegenstand handelt, sehr bedauerlich ist. Ein französischer Arbeiter in Marseille, E. Pilot, hat eine Erfindung gemacht und auch bereits patentiren lassen, die diesem Uebel abhelfen soll. Diese Stifte sind aneinander zu nehmen, die vier Seiten und der Deckel vollständig von einander zu trennen. Sie werden nämlich nicht an einander genagelt. Die Nägel, oder vielmehr die Stifte gehen vollständig durch das Holz und biegen sich gleich Haken um. Will man aus zwei Seiten einer Stifte an einander bringen, so genügt es, die Haken zu krücken, sie sind jetzt vereinigt wie zwei Hände, die sich verfrühen. Endlich, wenn alle vier Seiten so verbunden, läßt man den Deckel in eine dazu angebrachte Rinne gleiten, die Stifte ist verschlossen und vollkommen fest. Am Bestimmungsort wird sie dann auseinander genommen und gewährt den großen Vortheil, daß die Bretter aneinander geschichtet und bequem fortgeführt werden kann. Eine derartige Stifte würde aber natürlich leicht von einem Unbefugten geöffnet werden und um dies zu verhindern, wird der Deckel noch mit einer Schraube, die in ein dazu angebrachtes Loch geht, befestigt und der Abfederer zerlegt und dann die Zollbehörde legt ein Siegel darauf. Dem Erfinder zufolge kann eine Arbeiterin, wenn die Bretter gelegt und mit Nägeln versehen sind, 100 Stifte in der Stunde zusammenstellen. Der praktische Versuch wird freilich erst ergeben, ob sich die Erfindung in der That als gut und vortheilhaft in jeder Hinsicht erweist.

Eine andere Erfindung, welche auf diesem Gebiete gemacht wurde, verdient Beachtung, doch handelt es sich hierbei nicht um eine gelobte Stifte, sondern um einen auseinanderzunehmenden Korb. Früchte, Gemüse u. werden bekanntlich fast stets in Körben verpackt, die sehr gut und fest geflochten, elastisch und widerstandsfähig sind, aber einen doppelten Nachtheil haben, nämlich daß die Stöße nur schlecht aushalten, was für den Inhalt natürlich oft schädlich, zweitens daß sie, nachdem sie geleert, beim Zurückgehen eben so viel Platz einnehmen, wie da sie voll ankommen. Man ist daher auf den Gedanken gekommen, zusammenlegbare Körbe herzustellen, die aber nicht aus Rohr, sondern aus leichten Stahlmaschen bestehen. Ganz Theile bilden den Fond und die Seiten und ein festester den Deckel, und jeder ist aus gewalztem und nach einer speziellen Methode ausgeformtem Stahl hergestellt, der so die Eigenschaften des Eisens hat, aber eine ungleich größere Widerstandsfähigkeit besitzt. Zwei Klammern in Form eines S, die durch die Maschen gehen, befestigen die Seitenstücke an den Boden und dienen als Charriere. Wenn die vier Seiten angedreht sind, läßt man oben durch die Maschen an jeder Seite zwei Stöße, welche durch einen Nagel, der in ein dazu angebrachtes Loch geht, befestigt werden. Der Deckel wird nun darauf gelegt und das Ganze durch Fortlegen der Klammern geschlossen. Ist der Korb am Bestimmungsort angekommen, so entfernt man den Deckel, faltet die Seitenstücke aber dem Boden zusammen und thut das Ganze in den Deckel hinein. So nimmt der Korb nur einen sehr geringen Raum beim Rücktransport ein und kann auch keinerlei Beschädigung erleiden, wie dies bei leeren Körben so oft der Fall ist. Dieser würde sich zu einer derartigen Verpackung eignen, aber der hohe Preis dürfte auch nach und nach durch die Ersparnis bei der Rückfahrt und die weit größere Dauerhaftigkeit der Stahlkörbe ausgeglichen werden.

— Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland. Die Gunst des Arbeitsmarktes hält an. Die meisten Industrien sind so gut beschäftigt, daß die Arbeiter in Lohnbewegungen eingeschritten sind, wobei sich die jetzt sehen läßt, mit Erfolg. Von 56 Arbeitsnachweiser, deren Berichte an die Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ eingegeben waren, weisen 31 eine Abnahme und 25 eine Zunahme des Antrages auf.

Abnahme: Posen, Frankfurt a. O., Berlin, Danzabühl, Bielefeld, Münster, Dortmund, Gießen, Elberfeld, Düsseldorf, Aachen, M.-Gladbach, Aachen, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Gießen, Darmstadt, Worms, Seibelberg, Mülheim, Mannheim, Konstanz, Stuttgart, Göttingen, Heilbronn, Ulm, Nürnberg, München. — (Graz, Bern).

Zunahme: Breslau, Kiel, Hamburg, Düsseldorf, Erfurt, Gera, Hannover, Köln, Kaiserslautern, Straßburg, Lahr, Freiburg, Schöffheim, Börsach, Karlsruhe, Offenburg, Pforzheim, Cannstatt, Ludwigsburg, Eplingen, Neukirchen, Schm.-Holl, Würzburg, Jülich, Augsburg. — (Brünn, Winterthur.)

Die Berichte zeigen im Durchschnitt einen ständigen Mangel an Arbeitskräften. Es kamen auf 100 offene Stellen nur 95,5 Arbeitsuchende (gegen 108,6 im gleichen Monat des Vorjahres). Trotz dieser ungemessenen Gunst dürfen die bedrohlichen Punkte unserer heutigen Geschäftslage nicht übersehen werden. Die Preissteigerungen in Roheisen, Holz und anderen Fabrikaten der Eisenindustrie sind in letzter Zeit so rapide, daß von Seiten hervorragender Industrieller ernste Warnungen für notwendig erachtet wurden. Auch bergen die Ueberproduktionen in Industrieerzeugnissen an den deutschen Börsen große Gefahren in sich. Daneben spielt aber im Augenblicke die Arbeiterfrage im Bergbau eine hervorragende Rolle. Man hat seit Ausbruch des belgischen Streiks schon ein Uebergreifen der Auslandsbewegung nach Deutschland befürchtet. In der That wird der große Bergarbeiterstreik im Saarrevier schon als ein solches aufgefaßt werden müssen.

— Gegen die übermäßige Kinderbeschäftigung beim Nibenverziehen ist in Burg bei Magdeburg folgende behördliche Anordnung erlassen worden: „Schulkinder dürfen nur getrennt von den Erwachsenen, sowie Knaben und Mädchen nach den Geschlechtern gesondert, bei dem Nibenverziehen beschäftigt werden. Ebenso sind Knaben und Mädchen getrennt von einander zur Arbeitsstelle zu befördern oder von derselben zurückzubringen. Nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch auf dem Wege zur Arbeitsstelle und von dieser zurück sind die Kinder behufs Aufrechterhaltung guter Sitte und Fernhaltung aller Ungehörigkeit durch erwachsene, dazu geeignete Personen zu beaufsichtigen. Damit die Kräfte der Kinder nicht über das Maß der Billigkeit hinaus zu den oben bezeichneten Arbeiten ausgebaut werden, sehen wir die tägliche Arbeitszeit der Kinder auf höchstens 8 Stunden fest. Diese Arbeitszeit ist durch eine zweistündige Mittagspause zu unterbrechen. Es ist durchaus unzulässig, die Kinder auch an Sonn- und Festtagen zu den Arbeiten auf den Nibenfeldern heranzuziehen.“

Vom sozialen Kampfplage.

— In Hamburg ist der Streit auf den Palmkernfabriken von Heinz u. Abbed unter theilweiser Bewilligung der Forderungen beigelegt worden. Durch Vermittelung des Herrn Senator Tiedemann sind zwischen der Firma und den streikenden Kollegen Verhandlungen geführt worden, in deren Verlauf sich die Firma bereit erklärte, für die Hofarbeiter 2,85 Mk., Bodenarbeiter 3,05 Mk. und für die Pressenarbeiter 3,15 Mk. pro Tag zu bezahlen. Diese Bewilligungen entsprechen einer Erhöhung des seitherigen Lohnes um 20 Pfg. pro Tag. Dagegen fällt aber das seither gezahlte Vierteljahrslohn fort, das 12 Mk. betrug und von der Hälfte der Kollegen bezogen wurde. Für diese Kollegen beträgt die Lohnerhöhung bei 84 pro Vierteljahr zu machenden Schichten 6 Pfg. für den Tag.

Polizeiliches, Gerichtliches.

— Der Vorstand des Bundes 7, welcher vom Polizeipräsidenten Berlin aufgefordert worden war, das Reglement und das Personal-Verzeichnis des Vorstandes einzureichen, aber sich dessen weigerte und angeklagt wurde, ist freigesprochen worden. Der Chauvinismus ist also kein Verbrechen.

— Gegen die Zahlstelle Genthin wird Doppelgeschlag angefahren. Zunächst ist Anklage erhoben, weil der derzeitige erste Bevollmächtigte es unterlassen haben soll, die Veränderung im Mitgliederbestande der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Dann erscheint er hinreichend verdächtig, ohne Genehmigung der Staatsbehörde eine Versicherungsanstalt errichtet zu haben. Weil den Mitgliedern ein Reisescheck, ein Umzugsgeld und den Hinterbliebenen von Mitgliedern ein Sterbegeld gewährt werden kann daher Versicherungsanstalt; diese bedürfen bekanntlich nach einem preussischen Gesetzesparagraphen der ministeriellen Genehmigung. Schon vor mehr als 10 Jahren hat man anderen Gemerkschaften aus dem gleichen Grunde den Prozeß gemacht und die Gerichte sind zu freisprechenden Urtheilen gekommen, etwas Anderes wird auch jetzt nicht erfolgen.

— Zu vier Wochen Haft wegen groben Unfugs wurde unser Verbandsgenosse Klingner aus Pödejuoch

verurteilt. In einer Versammlung unserer damals noch bestehenden Zahlstelle hatte er das Urtheil des Dresdener Schwurgerichts gegen die Löttauer Arbeiter und das drohende Zuchthausgesetz erwähnt. Zum Schluss brachte er ein Hoch aus auf die zukünftigen Zuchthäuser, also die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der die Versammlung überwachende Gendarm fasste dies als ein Hoch auf die Löttauer Arbeiter auf und der Amtsvorsteher v. Wallbaum in Finkenwalde schickte schleunigst ein auf 3 Wochen Haft lautendes Strafmandat wegen großen Unfugs. Klingner erhob Widerspruch und so hatte sich schließlich das Schöffengericht in Altbamum mit der Sache zu befassen. Die Herren Schöffen erhöhten die Strafe auf 4 Wochen Haft. Klingner wird natürlich Berufung einlegen und so wird sich die Strafkammer in Stellung noch mit der Angelegenheit beschäftigen. Beim Verbrechen des großen Unfugs muß sich Jemand beunruhigt fühlen. Wie die Arbeiter sich beunruhigt fühlen können, wenn sie ein Hoch auf sich selbst ausbringen, ist nicht recht einleuchtend, indessen ist ja schon manches Urtheil juristisch begründet worden, das den Laien unverständlich blieb.

## Korrespondenzen.

**Blankenburg.** Am 15. Mai tagte unsere gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Dieselbe stimmte einem vom Gewerkschaftsrath gefassten Beschlusse, von jedem Mitgliede pro Quartal 10 Pfg. Beitrag zu erheben, zu; aus dem Ertrage dieser Ertragssteuer sollen die Kosten der Referenten gedeckt werden. Es wurde dann noch eine Kommission gewählt, die in nächster Zeit auswärts agitieren soll, um neue Mitglieder heranzuziehen.

**Wittenberg.** Am 13. Mai tagte hier eine von 150 Personen besuchte öffentliche Versammlung. Kollege Stroh aus Offenbach hatte das Referat übernommen. Nach dessen Beendigung ließen sich 15 Personen als Mitglieder aufnehmen. Es scheint, als ob nun unsere Bewegung in ein lebhafteres Tempo eintreten wollte als vorher.

**Braunschweig.** Am 1. Pfingsttag tagte hier die Konferenz des Bundes 2. Nach einigen Worten der Begrüßung der auswärtigen Delegierten durch den Gewerkschaftsrath richtete Kollege Ohlendorf für den Gewerkschaftsrath über dessen Thätigkeit. Derselbe sei, so weit es in seinen Kräften gestanden und so weit es die Mittel erlaubt, bemüht gewesen, durch einseitig geschriebene und ausgegebene Flugblätter, sowie durch Beschaffung von Referenten und Unterstützung der Verbreitung, neue Zahlstellen zu errichten, die Agitation für den Verband zu fördern. Er könne aber nicht umhin, einzelnen Zahlstellen gegenüber zu bemerken, daß sie mehr als geschlafen, hätten leisten können. Neu seien gegründet die Zahlstellen in Eichershausen, Blankenburg a. S., Braunlage, Broitzem und Elbingerode, sodas jetzt im Herzogthum 12 Zahlstellen bestehen. Die Korrespondenz zwischen Gewerkschaft und den einzelnen Orten sei eine sehr lebhaft gewesene, die Agitationskasse habe eine Einnahme von 192,80 Mk. und eine Ausgabe von 185,50 Mk. gehabt. Die Zahlstellen müssen seien, Quellen zu erschließen, aus welchen die Agitationskommission materiell unterstützt werden könne. Bauer-Ehnde wünscht, daß der Gewerkschaftsrath auch dahin wirken möge, daß Mitgliedern bei Krankheitsfällen ein Zuschuß zum Krankengelde gemährt werde, es werde dadurch ein festerer Stamm für die Organisation geschaffen. Ohlendorf bemängelt, daß die einzelnen Bevollmächtigten recht lässig in der Beantwortung der vom Gewerkschaftsrath eingehenden Briefe seien, das müsse anders werden. Berle-Braunschweig: Wohl seien Agitationsversammlungen dann und wann abgehalten, der Hauptwerth bei der Agitation müsse aber auf die mündliche Bepredung in den Arbeitsstätten u. s. w. gelegt werden. Friede-Gelmsfeld spricht sich in demselben Sinne aus, während Bauer-Ehnde die mündliche Agitation in Betracht der vielen Epigeln auf dem Lande für sehr schwierig hält. Moritz-Holzen erklärt, die Zahlstelle Eichershausen werde bemüht sein, die Zahlstelle Braunschweig bei der Agitation materiell kräftigt zu unterstützen. Kastellan-Wolfenbüttel stellt folgenden Antrag: „Der Gewerkschaftsrath wird beauftragt, Referenten für die Zahlstellen zu beschaffen. Derselbe muß jedoch 3 Wochen vor stattfindender Versammlung die Zahlstelle benachrichtigen, woraus diese binnen acht Tagen zu antworten hat. Weiblich die Antwort aus, so wird angenommen, daß die Zahlstelle auf ein Referat verzichtet.“ Der Antrag wird angenommen. Hierauf trat eine Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause giebt der Schriftführer bekannt, daß von 7 Zahlstellen 7 Delegierte, außerdem der Vorsitzende und Kassirer des Gewerkschaftsrathes anwesend sind. Darauf wird in den 2. Punkt der Tagesordnung, Bericht der Delegierten, eingetreten. Den Berichten ist zu entnehmen, daß die Zahlstellen im Allgemeinen im Aufschwunge begriffen sind. So die Zahlstellen Ehnde, Wolfenbüttel, Braunschweig, Gelmsfeld, Braunlage. Schöningen erhofft von dem dort gegenwärtigen Mannereit eine gute Einwirkung. Durch Sozialisten sei den Mitgliedern wieder ein Sozial gewonnen worden. Von mehreren Seiten wird Klage geführt, daß durch die vielen gälischen und ostpreussischen Arbeiter die Agitation für den Verband sehr erschwert sei. Ueber die Wirkung der Erhöhung der Beiträge sind die meisten Kollegen der Ansicht, daß eine Verminderung der Mitgliederzahl durch dieselbe nur in vereinzelten Fällen zu konstatieren ist. Moritz-Holzen berichtet über die Zahlstelle Eichershausen. Dieselbe besteht ungefähr ein Jahr und hat jetzt eine Mitgliederzahl von 170 Kollegen, was in Anbetracht dortiger Verhältnisse und der Abschreibungen, welchen die letztenden Personen in der ersten Zeit ausgesetzt waren, ein sehr gutes Resultat sei. Die Zahlstelle hat seit der kurzen Zeit schon gute Erfolge erzielt, so die Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitszeit. Zu Punkt 2 der Tagesordnung werden folgende Anträge angenommen: Antrag Kastellan-Wolfenbüttel: „Um den weiteren Ausbau der Zahlstellen zu fördern, wird der Gewerkschaftsrath beauftragt, alle halbe Jahr ein Flugblatt herauszugeben, welches prozentual von den Zahlstellen zu bezahlen ist. Sollten jedoch kleinere Zahlstellen nicht in der Lage sein, dieses zu leisten, so hat der Gewerkschaftsrath die Kosten zu decken.“ Antrag Ehnde: „Die Gewerkschaftsrath möge beschließen, die kleineren Zahlstellen öfter mit einem Referenten zu Versammlungen zu beschicken, um die Zahl der Mitglieder zu heben.“ Zahlstelle Braunschweig: 1. „Der Gewerkschaftsrath wird beauftragt, eine Agitationskommission zu unternehmen, zu welcher eine Referentin zu bestellen ist.“ 2. „Eine Agitationschrift herstellen zu lassen, welche für sämtliche Zahlstellen zu gebrauchen ist.“ Sämmtliche Anträge werden nach kurzer Debatte angenommen. Im letzten Punkte der Tagesordnung, Verschiedenes, wird lebhaft Klage geführt über die Fabrikinspektoren. Nach Erledigung einiger anderer unwesentlicher Punkte und nach einem Schlusswort des Kollegen Ohlendorf wurde die Konferenz geschlossen.

**Dresden.** Eine öffentliche Versammlung unserer Einzelmitglieder tagte am 18. Mai im Sambriumsaale. Im 1. Punkte der Tagesordnung sprach Genosse S. Krüger über „Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und ihre Gegner“. Seine Ausführungen fanden bei den Anwesenden, mit Ausnahme von 3 Unzufriedenen der Dresdener Papierfabrik, die es für notwendig hielten, den Redner laut zu unterbrechen, lebhaften Beifall. Selang es diesmal auch, die Gemüther zu beruhigen, so steigerte sich die Gereiztheit der Herren Kollerführer Konowsky, Holländermüller Seilmann und Kalandersführer Breit (dieses sind Namen und

Beschäftigung der betreffenden Personen) zur raschschwebenden Rede, als zum 2. Punkte Arbeitsverhältnisse und Mißstände in der Dresdener Papierfabrik“ geschritten wurde. Nachdem vom Redner die Lage erörtert und unzufriedenliche Mißstände festgestellt wurde, trotzdem der Redner betonte, daß wir nicht schweigen würden, wenn man auch die Besetzung sprengen würde, propagierten dieselben nach den ersten Ausführungen, wo auf die außerordentlich niedrigen Löhne und die allen Begriffen von Sitte, Anstand und Menschlichkeit sprechende Beherrschung hingewiesen wurde, einen betriebliehen Stand, daß die Besetzung aufgelöst wurde. Das war das Ziel der Herren, und das haben sie erreicht. Aber die Kritik macht man dadurch nicht unmöglich. Eine größere Versammlung wird sich noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigen und werden dabei Vorbrücken getroffen, die solche Fälle unmöglich machen. Andernfalls übergeben wir das gesammelte Material, das ein zweifelhaftes Referat ausfüllt, der Presse, und dann lesen es zu Hause, wo es jetzt nur wenige hören. Die Besetzung der als drückend empfundenen Zustände hört erst mit deren Abschaffung auf, und rascher Direktion und die oben erwähnten Herren auch sonst etwas machen, die betreffenden Arbeiter werden wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Der Aufschub an unsere Organisation ist das beste Mittel, solche Zustände zu beseitigen. — In unserer in Nr. 9 enthaltenen Verammlungs-Bericht muß es heißen: nach laun einhaltbarer“ trat Schluß der Versammlung ein.

**Dresden.** Mißstände und Arbeitsverhältnisse in der Dresdener Papierfabrik“ lautete zum 2. Male das Thema einer öffentlichen Versammlung, die am 24. Mai im „Sambrium“ tagte. Der Referent, Kollege S., führte folgendes aus: „Ich kann nicht alle Fälle von Mißständen erwähnen, weil ich mich nicht von allen abbringen könnte, das aber, was ich vorzubringen gedenke, können wir auch bemerken. Die Löhne sind außerordentlich niedrig; es werden gezahlt Stundenlöhne von 19 (junge Leute), 21, 23, 25, 27 und 28 Pfg., nur einzelne (schon länger Beschäftigte erhalten 30 1/2, 32, 39 1/2 und 1 Mittlerer 50 Pfg. Hierzu kommt noch für die Hofarbeiter mit 21 Pfg. für je 200 Zentner 1 Mk., in die sich 3 Arbeiter zu theilen haben, sodann die Kollerführer mit 28 Pfg. für jedes Jahr aber 20 (minimal) 5 Pfg., jedoch pro Tag nicht mehr als 60 Pfg. Die Löhne der Arbeiterinnen lauten wie nicht genau ermittelt, meistens erhalten sie 14 Pfg. pro Stunde. Dieser Lohn wird jetzt nach der Lohnherabsetzung, die ja in den bürgerlichen Kreisen gewaltig gelobt wurde, gezahlt. Diese niedrigen Löhne bringen aber auch die Ueberstundenarbeit mit sich, es ist vorgekommen, daß 18, 24, sogar 36 Stunden hintereinander gearbeitet worden ist. Sonst und Festtags wird manchmal bis 4 Uhr Nachm. gearbeitet, dann wird der Tag voll bezahlt. In vielen Maschinen fehlen die Schutzvorrichtungen ganz oder theilweise. So ist die Dampfmaschine der 1. Papiermaschine ohne Schutzvorrichtung, das Schwungrad ist ohne Geländer; zwischen diesem und der Wand ist nur ein kleiner Raum, er wird noch eingengt durch ein dort liegendes Schrägblech und dazwischen müssen Arbeiter durchgehen. An beiden Papiermaschinen befinden sich zwischen den Riemenscheiben, welche sich auf ebener Erde befinden, und der Maschine Laufbreiter, an derselben ist nur eine schwache Eisenstange befestigt. Jeder Schritt, jedes Ausweichen kann einen Fall in die Riemenscheiben zur Folge haben. An der Querschneidmaschine sind schon verschiedene Arbeiter verletzt worden, weil sich an den hier angebrachten Riemenscheiben ebenfalls keine Schutzvorrichtungen befinden. Die an den Kammerbänen angebrachten Schabtreiber sind morsch und wackelig, sodas die Arbeiter Gefahr laufen, dieselben umzureißen, wenn sie einmal darüber kommen. Ein weiterer Uebelstand ist das Fehlen von Garberäumen. Im Papierwerke ist gar keiner, im Holländerwerke ist in der Mauer ein Loch und durch eine Thür angebracht. Die Garberäume der Frauen befinden sich dicht bei der Thür des Meisters. Eine große Plage ist das zahlreich vorhandene Ungeziefer. Man kann in der Nacht an künftigen Stellen keinen Schritt thun, ohne auf Schwaben zu treten. Auch der Aufwahrungsort für das Essen der Arbeiter ist höchst unzureichend; die Arbeiter der Nachschicht können jedesmal darauf rechnen, Schwaben auf ihrem Brote zu haben. Ein ebenfalls nicht zu unterschätzender Mißstand ist der Mangel an genügenden Wasch-Einrichtungen. Im Papierwerke giebt es gar keine, im Holländerwerke können sich die Arbeiter meistens in dem dort vorhandenen Böttchen waschen. Für ca. 30 Frauen giebt es nur ein einem Pferdebesten ähnliches Gefäß. Es ist zwar eine Frau dazu bestimmt, das Wasser zu besorgen, jedoch aus Zeitmangel wird das oft unterlassen; da aber die Arbeiterinnen im Alford arbeiten, bleibt das Wasser oft sogar 2 Tage stehen. Für die Frauen giebt es nur ein Handbad pro Woche, wie das am Montag schon aussteht, kann man sich leicht vorstellen. Dabei müssen diese Frauen freis Hände haben; zu jeder fertigen Arbeit müssen sie einen Zettel mit ihrem Namen legen, wenn dann Flecke vorhanden sind, weiß man sofort den Täter. Die von Arbeitern und Arbeiterinnen benutzten Bedürfnisanstalten sind nur durch eine schwache Bretterwand getrennt; in denselben sind Klümpchen und Spalten, die größte der letzteren ist erst kürzlich zugemauert worden. In jeder Abtheilung sind fünf Klümpchen, davon sind mehrere auf ein Jahr vereinigt, in dem trichterförmigen Schloße sammeln sich oft Urinath an, er muß erst entfernt werden mit einem in der Ecke stehenden Knüttel. Derselbe ist neulich weggenommen worden, jetzt steht aber wieder ein schwächerer dort. Vor den Aborten sind keine Thürten. Das die angeführten Mißstände nicht geirret sind, gänzlich auf die Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere auf die jugendlichen, einzuwirken, liegt auf der Hand; mögen sich die Arbeiter ihrer Organisation anschließen, dann haben wir die Macht, derartige unwürdige Zustände abzuschaffen. (Lebhafteste Zustimmung und Beifall.) In der folgenden Debatte sprachen sich sämtliche Kollegen zustimmend aus. Von allen Rednern energisch angelehrt, ergreift endlich das Wort Herr Konowsky (Kollerführer). Er habe unsere letzte Versammlung nicht gehindert, wenn er auch nicht bestreiten könne, daß er und seine beiden Kollegen die Schuld an der Auflösung tragen. Sie hätten sich über die Behauptung gedrückt, der Rath müsse mit einem Knüttel untergehoben werden; der Knüttel sei nur zum Transport der Häuser da. (Das die Schweinerei überhaupt vorhanden ist, bestreitet er also nicht.) Im übrigen muß er dem Referenten meistentheils zustimmen, er selbst könne noch Mißstände genaug anföhren. Das war die ganze Vertheidigung der Firma. In der sich weiter entwickelnden Debatte vertheidigte K. die Notiz in der bürgerlichen Presse, die Arbeiter hätten 5 Prozent zugelegt bekommen. Die Firma habe im Vorjahre 100 000 Mark Lohn gezahlt, dieses Jahr werde sie 105 000 Mark zahlen, ergebe 5 Prozent Zulage. Dem verschiedenen Seiten wurde ihm allerdings klar gemacht, daß es wohl nicht ganz andern ist. Die Stundearbeiter hätten 1 Pfg. pro Stunde zugelegt bekommen. Es geht eine Resolution ein, welche sich tabelnd über Konowsky, Seilmann und Breit ausdrückt und darin die Arbeiter der Dresdener Papierfabrik erklären, sie hätten keinen Antheil an dieser Angelegenheit. Die Resolution wird einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag des Gewerkschaftsrathes, den Gewerkschaftsrath von den Mißständen in Kenntnis zu setzen. In seinem Schlusswort führt der Referent noch einen Fall an. Auf dem Gaderboden sind Löhner in dem Döhlen; kürzlich erst ein Arbeiter dort verunglückt, weil er mit der Seilwinde in einem Loch hängen blieb. Auf Bescheid beim Gaderbodenmeister gab derselbe zur Antwort, die Arbeiter sollten nachbreiten darüber nachgeln. Redner erwartet von K., daß er die falschen Bescheide in den gewerkschaftlichen Mäthern, soweit sie von ihm herühren, berichtige (z. B. in der Westend-Zeitung). Im Punkt „Gewerkschaftliches“ wurde Kollege Stimmich einstimmig zum

Delegierten zu der in Leipzig stattfindenden Konferenz gewählt. Ein Antrag, eine Partiz nach Weissen zu unternehmen, wird angenommen. In den Vorarbeiten wurde ein Agitations-Komitee gewählt. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden zum Eintritt in den Verband und zum Abonnement auf die „Schiff- Arbeiterzeitung“ erfolgt Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

**Blankenburg.** Am 13. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zum ersten Punkt hielt Herr Krause einen Vortrag über die Ziele des Vereins Heiligt-Beziehungsgesetz. Redner betonte, daß dieser Verein den Arbeitern besonderen Nutzen nicht zuföhren, die Wohnungsfrage nicht lösen könne. Aus dem vom Kollegen Schwarz gegebenen Kartellbericht ist ein Beschluß hervorgehoben, nach welchem das durch Mainarten gesammelte Geld zur Hälfte an das Kartell, die andere Hälfte aber anderweitig abzugeben sei. Diesen Beschluß erlaubte die Versammlung an und erbat, daß die Zweigorganisation des Arbeiter-Verbandes sich an diesen Beschluß nicht lehne und die Hälfte des Ertrages in ihre Kasse fließen ließe. Die Abhaltung eines Festes wurde beschlossen. Gegen die Gewährung eines Nutzungs-geldes an das Mitglied 2. war von mehreren Kollegen protestirt worden; die Versammlung erkannte die Berechtigung des Protestes an und beschloß, die Auszahlung zu hindern.

**Halle a. S.** Die am 13. Mai tagende Mitglieder-Versammlung nahm Stellung zu der bevorstehenden Gewerkschafts-Konferenz. Sie empfahl dem Gewerkschaftsrath, mit Rücksicht auf die Nichtzeit der Konferenz schon um 11 1/2 Uhr beginnen zu lassen. (Dann sind zwei Versammlungen anzumelden.) Dann wurde beantragt, der Konferenz folgenden Antrag zu unterbreiten: Es ist eine Agitations-Kommission von 5 Mitgliedern für den 5. Juni einzuzusetzen. (Nach Einführung der Gewerkschafts-Organisation haben wir solche Agitations-Kommission nicht mehr zu wählen und sie haben auch keinen Zweck mehr! Die Agitation soll von den Gewerkschaften betrieben werden. A. S.) Als zweiter Antrag wurde empfohlen: Der Sitz der Agitationskommission darf nicht an dem Orte sein, wo der Gewerkschaftsrath seinen Sitz hat. 3. Den Sitz der Agitationskommission bestimmt die Gewerkschafts-Konferenz. 4. Die Wahl der Agitationskommission bleibt den Mitgliedern derjenigen Zahlstelle überlassen, wo dieselbe ihren Sitz hat. 5. Die beizuliegenden Zahlstellen haben wahlberechtigt 15 Pct. ihrer Solaleinnahme an die Agitationskommission abzuliefern. (Den Kollegen von Halle wird wohl nichts übrig bleiben, als die einschließliche der Ziffer 5 ausgeführten Anträge zurückzugeben. A. S.) 6. Eine Agitationsstour soll im August oder September er. durch Kollegen Frau Jiez unternommen werden. Die erwachsenden Kosten haben die beizuliegenden Zahlstellen je nach Stärke der Mitgliederzahl zu bestreiten. Sämmtliche Anträge wurden mit größerer oder kleinerer Stimmenmajorität seitens der anwesenden Mitglieder angenommen. Als Delegirter wurde Kollege Pieschmann gewählt, an Vergütung wurden ihm 3 Mk. bewilligt.

**Hannover.** In Nummer 19 des „Arbeiter“ Organ für stammliche Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, befindet sich in Bezug auf den hiesigen Streit der Bauarbeiter eine Notiz, in der es u. A. folgendermaßen heißt: „Biel erungen ist für unsere Mitglieder nicht, da die Mehrzahl von ihnen schon einen Lohn von 45 Pfg. erhielt. Den größten Vortheil von der Lohnbewegung haben die im Fabrikarbeiterverband organisierten Kollegen, welche alle Jahre hindurch gewissermaßen als Lohnbrüder aufgetreten sind, indem sie immer 5 Pfg. pro Stunde billiger arbeiteten als die Mehrzahl unserer Mitglieder.“ Das die Behauptung unzutreffend ist, die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes seien als Lohnbrüder aufgetreten, so entspricht sie jeder Begründung. Hätte der Schreiber der obigen Notiz auch nur einigermaßen Kenntnis von den Verhältnissen am Orte, so hätte er eine so unrichtige Darstellung nicht geben können. Wie die Fabrikarbeiter als „Lohnbrüder“ aufgetreten sind, ergibt aus folgender Thatsache. Als der Streit der Bauarbeiter beendet war, traten die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes größtentheils sofort wieder alle in Arbeit. Nur die im Fabrikarbeiterverband organisierten Kollegen wurden mit 24 Mann ausgespart und haben bis heute noch nicht alle Beschäftigung wiedergewonnen. Wo diejenigen nun sind, die den größten Vortheil von dem Streit haben, mögen die nennmal Weissen nachweisen. Wenn der Schreiber weiter behauptet, die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes hätten pro Stunde 5 Pfennig billiger gearbeitet, so fällt auch diese Behauptung in Nichts zusammen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß selbst eine ganze Anzahl Mitglieder der Bauarbeiterorganisation 5 Pfennig weniger bekamen, wie vielleicht der größte Theil der Kollegen. Aber den Vollen im eigenen Auge scheint der Schreiber nicht gesehen zu haben.

**Halle.** Am 10. Mai tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Der 2. Bevollmächtigte legte die Abrechnung vom 1. Quartal vor, und wurde denselben Entlassung ertheilt. Dann wurde vom Delegierten der Bericht vom Gewerkschaftsrath verlesen. Schlußwörter des Berichtes sind in längerem Ausführungen die schon seit 6 Jahren schwebenden Differenzen mit der Firma Lad u. Co. in Burg & Wagdeburg. Redner forderte die Versammlung auf, ihr Theil zur Beendigung der Differenzen im Interesse der beizuliegenden Arbeiter beizutragen und die hiesig bestehende Filiale des Geschäfts, über welche der Boglotti erklärt ist, bei ihren Einkünften freizug zu weiden. Auch machte Redner die Versammlung auf die infolge der hiesigen Schuhmacherbewegung gesperrten Geschäfte, welche die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt haben, aufmerksam. Die Kollegen erklärten sich mit den Schuhmachern solidarisch. Als Revisor wurde Kollege Karl Busch vorgeschlagen. Im Verlesenen wurde folgender Antrag angenommen: Um unsere Solaleinnahme zu heben, ist für die Dauer eines Quartals von jedem Mitgliede monatlich ein Extrabeitrag von 10 Pfg. zu erheben und sind die dazu nöthigen Marken auf Kosten der Solaleinnahme anzusetzen zu lassen. — In nächster Versammlung werden die lokalen Lohn- und Arbeitsbedingungen diskutiert und ein Vortrag über „Beischöpfung und Weltuntergang“ gehalten.

**Gr.-Lichterfelde.** Am 15. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung in Rages's Salon. Kollege Prottos hielt eine Vorlesung aus der Broschüre „Der gefährliche Feind“. Da Verbands-Angelegenheiten zur Verhandlung standen, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Kollege Walter erstattete den Kasienbericht vom 1. Quartal; die Revisoren beizuliegten dessen Wichtigkeit, beantragten und empfahlen die Entlassung des zweiten Bevollmächtigten. Als 1. Revisor wurde Kollege Altus und als Schriftführer Kollege Arneemann vorgeschlagen. Unsere Versammlungen sind trotz eifriger Bemühungen der Bevollmächtigten immer nur schwach besucht, auch wäre bei Zahlung der Beiträge etwas mehr Pünktlichkeit sehr zu empfehlen. Die Rothwendigkeit, diesem Uebelstande abzuhelfen, wurde allseitig anerkannt und entspann sich hierüber eine lebhaft Diskussion. — Der 1. Bevollmächtigte verlas ein Schreiben des Gewerkschaftsrathes Schumann-Berlin, in welchem er die Delegierten zur Gewerkschafts-Konferenz ersucht, am 4. Juni zu einer Vorbesprechung zu erscheinen. Kollege Ameg stellte hierzu folgende Resolution: „Die Zahlstelle Gr.-Lichterfelde ersucht die Gewerkschafts-Konferenz, den Gewerkschaftsrath zu ermächtigen, für die zum Gew 7 gehörenden und in Frage kommenden Zahlstellen sogenannte Sonder-Versammlungen, vielleicht alle drei Monate eine, einzuberufen. In diesen Versammlungen führt der Gewerkschaftsrath den Bericht, da derselbe nicht von kapitalistischer Diffidat abhängt und daher auch Niemand Rücksicht zu nehmen gezwungen ist. Auf diesen Wege hoffen wir die Agitation am erfolgreichsten entfalten zu können.“ Die Mehrzahl der zu dieser Resolution sprechenden Redner empfanden deren Annahme, die dann auch einstimmig erfolgte. Um dem zweiten Bevollmächtigten die Geschäfte zu erleichtern, wurde Kollege Prottos als Hilfskassirer gewählt.

**Lübeck.** Am 16. Mai tagte unsere Mitglieder-Versammlung in dem neuen Vereinslokale Johannesstraße Nr. 50. Nachdem 138 neue Mitglieder aufgenommen waren, hielt Genosse Wartheis einen Vortrag über die letzten Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiete. Die sehr lehrreichen Ausführungen des Referenten wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen. Leider wurde der gute Eindruck, den die neuen Kollegen von der Organisation gewonnen, wieder bedeutend abgeschwächt durch eine sehr unerquickliche Debatte, welche ein Kollege veranlasste. Den Kartellbericht erstattete Kollege Bühr. Das Kartell hat beschlossen, denjenigen Kollegen, welche wegen der Meißner ausgespart worden und vorher keiner Organisation angehört haben, eine Unterstützung zu gewähren, und zwar den Verheirateten 1,50 Mk. und den Ledigen 1 Mk. pro Tag. Im Verheirateten wurde beschlossen, einen Referendatsfonds zu gründen, damit nicht bei jeder Gelegenheit ein Extrabeitrag erhoben werden müsse. Hierauf war Schluss der gut besuchten Versammlung um 12 Uhr.

**Lübeck. (Gaulouferen.)** Am 14. Mai Nachmittags tagte hier selbst im Vereinshause eine Konferenz des 16. Gau. Dieselbe war besetzt worden von den Orten Lübeck, Fackenburg, Schwartau, Malente und Gutin. Nach einer Begrüßungsrede des Vorsitzenden des Gauvorstandes, A. d. b. n. Lübeck, erstattete Genannter den Vorstandsbericht, woraus zu entnehmen ist, daß trotz mannigfacher Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten der Gau doch Erfolge aufzuweisen hat. Seit Bestehen des Gau sind die Zahlstellen Malente, Gutin und Daffow gegründet worden. Bessere hat viele Scheererien gebracht. Die Mitgliederzahl im Gau ist erheblich gewachsen. Beschwerden über die Geschäftsleitung wurden nicht vorgebracht und dem Gau-Lassur Decharge ertheilt. — Beim zweiten Punkt, welcher Agitation und Organisation behandelte, entspann sich eine ebenso ausführliche, wie belehrende Debatte. Es wurde darauf hingewiesen, welche großes Feld zu bearbeiten sei, welche Schwierigkeiten vor Allem in den ländlichen Bezirken erwünschten insolge der Sucht der Agrarier, trotz der „Rentenoth“ Organisation zu maßregeln u. s. w. Andererseits wurde aber auch betont, daß das Klassenbewußtsein gerade unter den ungelerneten Arbeitern sich rapide ausbreitet und daß auch auf dem flachen Lande die Energie der Proletarier wachse, weil sie allmählich lernten. Den seitens des Gauvorstandes hinsichtlich der Agitation gegebenen Anregungen wurde allseitig zugestimmt. — Beim dritten Punkte „Anträge und Verschiedenes“, welcher auch eine anregende Debatte zeitigte, wurden folgende Anträge angenommen: 1. Die Gaukonferenz beantragt, daß das östliche Goldstein (Neustadt-Oldenburg-Neßmann), aus Sparnisgründen dem 16. Gau zugeteilt wird. 2. Die nächste Gaukonferenz findet in Schwartau statt. Weiter wurde einstimmig folgende Resolution genehmigt: „Die heutige Gaulouferen verurtheilt die Unsitte, daß einzelne Gewerkschaften einander Konkurrenz machen, indem sie Mitglieder an sich ziehen, welche bereits organisiert sind. Sie erwartet, daß die Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes sich an diesem Treiben nicht beteiligen, sondern danach trachten, daß alle Arbeiter überhaupt sich organisieren; sie erwartet weiter aber auch, daß alle anderen Gewerkschaften ihre Angehörigen mit gleicher Weisung versehen.“ Endlich erstatteten noch die einzelnen Zahlstellen Bericht über die örtlichen Verhältnisse. In Gutin ist die Zahl der Mitglieder seit der im Herbst v. J. erfolgten Gründung von 18 auf ca. 65 gestiegen. Die Löhne sind um 20—25 pCt. gesteigert, die Arbeitsgelegenheit ist günstig, Maßregelungen fanden bisher nicht statt. In Malente herrscht trotz der Inflationen der Großbauern ein guter Geist. Es ist ein Aufschwung der Mitgliederzahl seit der Gründung im Dezember v. J. von 23 auf 71 zu verzeichnen. Stöckelsdorf läßt viel zu wünschen übrig. Wohl sind reichlich 40 Mitglieder vorhanden, doch herrscht eine herabwürdige Laune, daß nur alle Vierteljahr Versammlung stattfindet. Die Konferenz sprach ihr Bedauern darüber aus, daß in einem solchen Orte nicht mehr Zug in der Bewegung liegt, und hoffte, daß bald bessere Resultate sich ergeben werden. Schwartau-Neustadt entwickelt sich normal, wenngleich vielleicht noch mehr geleistet werden könnte. Während die Zahlstelle bei der Gründung 24 und am 1. Januar d. J. 87 Mitglieder aufwies, zählt sie seit dem 1. Mai deren 143. Daffow hat manche Mühen verursacht, vor Allem insolge des tadelnswürdigen Verhaltens des früheren Vertrauensmannes. B. H. hat dort 41 zur Zahlstelle Lübeck gehörige Mitglieder. Die Zahlstelle Lübeck hat in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Nach dem Streit bei Carl Ziel und Söhne entwickelte sie sich langsam, aber stetig, in letzter Zeit wurde das Tempo beschleunigt. Seit 1. April fanden mehr als 170 Neuaufnahmen statt. Weitere Ausdehnung des Verbandes steht in sicherer Aussicht. Die bisher betriebene Agitation hat sich gut bewährt. Um 7 Uhr schloß der Vorsitzende die Konferenz, welche 4 1/2 Stunden gewährt hatte, mit einem dreifachen Gott auf den Verband. — Die Selmendorfer Kollegen waren leider nicht vertreten.

**Tagdeburg.** In der Sonnabend, den 19. Mai, tagenden Mitglieder-Versammlung referierte Kollege Warmuth über das Thema „Framenarbeit“. Zunächst skizzierte Redner kurz die Stellung, welche die Frau unter den heute bestehenden Verhältnissen einnimmt. Weitergehend gab derselbe eine Schilderung der Zustände in den Fabriken und der Landwirtschaft, unter denen Frauen und Mädchen zu leiden haben. Von den vielen angeführten Beispielen sei hier nur die Arbeit derselben bei den Drehschneidmaschinen und in den Zuderfabriken erwähnt. Welche Zustände in den letzteren herrschen, ist des öfteren dargelegt worden. Redner ging weiter auf die Ursachen ein, welche die Frau dazu zwingen, auch ihrerseits durch ihrer Hände Arbeit dem Kapitalismus Tribut zu zahlen. Dann behandelte derselbe noch die Kinderarbeit. Groß und bittereit empfinde jeder Menschensfreund bei dem Anblick, welcher sich ihm biete, wenn Kinder im zartensten Alter ermailet von den glühenden Sonnenstrahlen Abends von der Feldarbeit heimgetragen, nur um der Kinder ein paar Pfennige auf den Tisch legen zu können. Auch die Lage der sog. Sachengänger, welche unsere umliegenden Landschaften alljährlich überfluten, unterzog Redner einer Betrachtung, mit dem Hinweis, auch unter diesen die Agitation zu entfalten, damit sie als gleichberechtigte Menschen herangezogen werden können. Redner beendete es als Pflicht aller Gewerkschaften, dafür Sorge zu tragen, daß die Frauen durch Aufklärung über unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr für die gewerkschaftlichen Kampf, welchen wir führen, zu begeisterten Herangehenden werden. Am Schluß seines Vortrages bewies Redner die Notwendigkeit der Einführung von Frauen-Bezirken in die Gewerkschaften. Unter Verbandsangelegenheiten erfolgte die Wahl des Kollegen Köpcke als Kassier. Ferner las die Versammlung den Bericht, drei Mitglieder, welche gegen die Interessen des Verbandes verfahren haben, auszuschließen. Weiter wurde beschlossen, an einem der nächsten Sonntage unsere nächsten Begehren zu beschließen, und wurden die Kollegen angefordert, sich tags hernach zu beteiligen. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Rosswitz.** In der am 20. April tagenden Versammlung referierte Genosse Altona über den Bauarbeiterkampf. Redner ermahnte die Mitglieder im bestmöglichen Maße die Versammlung für Bewilligung der Kongress-Beiträge zu unterstützen. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab einen Bestand von 144,50 Mk., die Einzelabrechnung weist einen Bestand von 9,50 Mk. auf, Summa 144,50 Mk. Als zweiter Bevollmächtigter wurde Kollege Otto Schramm vorgeschlagen, und als Kassier Genosse Thomas gewählt. Ferner wurde beschlossen, zum Ersatz des Referendatsfonds pro Woche 10 Pfg. zu zahlen. Hiermit erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Oberniefel.** Im Gasthaus zum Taunus tagte am 15. Mai unsere regelmäßige gut besuchte Mitglieder-Versammlung. Da es uns ebenso wie an verschiedenen Zahlstellen an Vokalen für öffentliche Versammlungen mangelt, so mußte Kollegin Frau Tröger-Offenbach in unserer Mitglieder-Versammlung referieren. Rednerin behandelte besonders die Verkürzung der Arbeitszeit, betont, daß deren rasche Durchführung durch die Organisation nur gefördert werden könne. Kollege Wittlich führte darnach noch einzelne Punkte über Arbeitszeit und Wohnverhältnisse der Arbeiterinnen in Gomburg v. d. S. an, wo noch Arbeiterinnen sind, die einen Wochenlohn von 6 Mk. erhalten. Kollege Keinhardt forderte die Mitglieder auf, für die Organisation mehr zu agitieren. Dann wurde der Kollegin Frau Tröger das Schlußwort ertheilt, worin sie die weiblichen Mitglieder dringend aufforderte, ihre Nebenarbeiterinnen zum Beitritt in die Organisation zu bewegen.

**Rosenheim.** Am 13. Mai hatten sich in Thaler's Brauerei hier eine Anzahl Tagelöhner und nichtgelernter Arbeiter zusammengefunden, um die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes zu besprechen. Kollege Wittlich führte den Anwesenden an der Hand praktischer Beispiele aus dem täglichen Leben die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen und erläuterte die wichtigsten Bestimmungen des Verbandsstatuts. Die Ausführungen Wittlich's fanden ungetheilte Zustimmung und wurde die Gründung einer Zahlstelle unseres Verbandes, dem sofort 19 Mitglieder beitraten, beschlossen.

**Stettin.** Freitag, den 19. v. Mts., hielt die hiesige Zahlstelle eine Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn S. Behr, Pommerensdorf, ab. Zuerst erfolgte die Aufnahme neuer Mitglieder und das Kassieren der Beiträge. Darauf wurde über die Abhaltung des Sommer-Vergnügens verhandelt. Dasselbe findet am 23. Juli im Lokale des Herrn A. Schallau, Greifenhagenerschlagenhau, statt. Abfahrt der Dampfer von Stettin Morg. 8 Uhr, von Pommerensdorf 8 1/2 Uhr. Billets hierzu für hiesige Kollegen und eingeführte Herren 1 Mk., für jede zweite Dame 50 Pfg., für die Greifenhagener Kollegen und eingeführte Herren 75 Pfg., für jede zweite Dame 25 Pfg. Die Ausführung der Musik ist der Kapelle der Berufsmusiker übertragen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ referierte Kollege Schneider über den vom 24. bis 29. Mai tagenden Kongress zur Bekämpfung der Schwindsucht.

**Waltershausen (Thür.).** Am 20. Mai tagte bei Döhler unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Zuerst wurde die Abrechnung vom 1. Quartal verlesen. Mit Bedauern vernahm man, daß die Mitgliederzahl von 174 auf 50 gesunken ist. Dabei stellte der 2. Bevollmächtigte noch eine weitere Abnahme in Aussicht. Von den vorhandenen Mitgliedern müßten wohl noch zehn als Restanten getrichen werden, während verschiedene ältere Kollegen ihre Abmeldung schon angedeutet hätten. Dem weiteren Rückgang könne man nicht vorbeugen, da von dem Hauptvorstand und dem armen Gau nichts zu erwarten sei. (P. D. R.) Man bedauerte am meisten, daß die Kollegen, welche den Verband im Vorjahre ausgenutzt hätten, fast gänzlich fehlten. Trostlos sehen wir dem weiteren Schicksal entgegen. In politischer Hinsicht ist schon viel geleistet; in der Krankenkasse, im Gewerbegericht, im Stadtverordneten-Kollegium und im Landtag sind unsere hiesigen Genossen vertreten. Bei Reichstagswahlen siegte stets unser Kandidat. Nur auf gewerkschaftlichem Gebiet herrscht große Gleichgültigkeit. Gewiß ein bedauerndes Zeichen in einer solchen Industriestadt. Sind es die Verhältnisse, die so glänzend sind, daß jede Gerechtigkeit fehlt? Bei Löhnen von 12 Mk. die Woche, bei den hohen Mietpreisen und bei der brutalen Behandlung der Arbeiter kann man dies wohl nicht sagen. Wer sein Heil allein in der politischen Bewegung sucht, hofft vergebens; Gewerkschaft und Politik gehören zusammen. Oder müßten die Verhältnisse erst auf einer so niederen Stufe stehen, daß man aufhört, Mensch zu sein?

**Wandsbef.** In der Mitglieder-Versammlung, die am 10. Mai tagte, hielt der Genosse Bieth einen Vortrag über den Konsum-Bau- und Sparverein Produktion. Dann wurde das Komitee zum Sommerfest verstärkt. Auf Antrag des Kollegen Martens beantragte die Versammlung die Kartellbesegelten, im Gewerkschaftskartell dahin zu wirken, daß das Emblem, welches bei der Kaiserzeit als dasjenige unseres Verbandes bezeichnet war, entweder geändert oder überhaupt abgeschafft werde. Ferner wurde beschlossen, für die Zentralherberge ein anderes Schild anfertigen zu lassen. Zum Schluß forderte Kollege Martens zum Eintritt in den Verein Produktion auf.

**Wolgast.** Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde in der Versammlung am 20. Mai vorgelegt, und da Alles in besserer Ordnung gefunden wurde, dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung ertheilt. Dann wurden die Beschlüsse des Gewerkschafts-Kongresses behandelt. Die Versammlung war der Meinung, daß es jedem Arbeitskollegen überlassen bleiben müsse, welcher Organisation er sich anschließen will. Da es an vielen Orten überhaupt nicht durchführbar sei, daß die Arbeiter sich ihrer Berufsorganisation anschließen können, so hätten wir nur dahin zu streben, daß möglichst viele Arbeiter sich organisieren, einerlei in welcher Organisation. An Stelle des abgereisten Kollegen Beitrag wurde Kollege Peters als Kassier gewählt. Am Berichtenden wurde sowohl die Angelegenheit von Pödebusch, als auch die Arbeitsniederlegung auf der Holzbearbeitungsfabrik von Kräft besprochen. Die Gründung eines Konsumvereins soll im Gewerkschaftskartell angeregt werden. Der Beschluß über einen zu unternehmenden Laßzug blieb der nächsten Versammlung vorbehalten.

**Zerbst.** Am 11. Mai fand in Ferschland's Lokal eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Der 2. Bevollmächtigte gab die Abrechnung vom 1. Quartal bekannt. Die Redner erklärten, Alles in besserer Ordnung gefunden zu haben, wozu dem Kassier Entlastung ertheilt wurde. Im 2. Punkt erstattete Kollege Berdt Bericht von der am 7. Mai stattgefundenen Gaulouferen. Es wurde beschlossen, sobald die Flugblätter erscheinen, nach den benachbarten größeren Ortschaften wie Lindau und Etzsch eine Agitationsstour zu unternehmen. Kollege B. stellte den Antrag, von dem betreffenden Flugblatt je ein Exemplar dem „Proletarier“ beizulegen, zumal dieselben einen Aufnahmehinweis enthalten sollen und dadurch jedem Kollegen die Gelegenheit geboten ist, dem Verbande neue Mitarbeiter zuzuführen. Trotzdem Kollege B. den Antrag neuerlich verworfen, indem er bemerkte, daß auch die hiesigen Kollegen der Aufklärung bedürften, wurde der Antrag der hohen Kollegen wegen abgelehnt. Ferner wurde beschlossen, am 9. Juli unser Stimmungsstempel abzugeben, wozu ein Komitee von 15 Mitgliedern gewählt wurde.

### Erklärung.

In dem Bericht der Kollegin Zieg über die gelegentlich des Kongresses in Biedrich abgehaltene Versammlung steht zu lesen: „Der Gauvorsitzende, Genosse Streb, hatte versprochen, Plakate zu schicken und die Tagesordnung mitzutheilen, jedoch war am Tage der Versammlung noch nichts angekommen.“ Ich habe persönlich der Kollegin Zieg erklärt und durch Zeugen bestätigt lassen, daß die Plakate am 2. Mai der Post übergeben worden sind. Dieses hätte Kollegin Zieg in ihrem Bericht noch anführen sollen, dann wäre bei

unseren Kollegen nicht der Anschein erweckt, ich vernachlässige die Interessen unseres Verbandes.  
Jakob Streb, Offenbach.

### Quittung.

Seit dem 16. Mai gingen folgende Beiträge ein:  
Frankfurt a. M. 175, Freiburg 7,75, Kissen 42, Summ 19, Gr.-Gelmstedt 31,58, Braunlage 35,80, Seitenleibschheim 140 Mk.  
Für den Streifonds: Bismarck 2, Hamburg-St. Georg 47,90 (müßte schon früher quittiert werden), Kissen 2,30, Gelmstedt 2,52 Mk.  
Für Inserate: Hamburg-St. Georg 3,15, Hamburg 3,20 Mk.  
Schluß Dienstag, den 29. Mai, Mittags 12 Uhr.

### Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Lübeck. Jakob Schirr, Seumestraße 11, Haus I, II.  
Eisenberg. Richard Meng, Eise Gartenstraße—Trebe.  
Frankfurt a. Main. Christian Thoma, Höhenstraße 34.  
Georgswerber. Wilh. Redemann, Kießer-Georgstraße Nr. 81 III.

Murgen (Agitationsbezirk Königr. Sachsen). G. Hempel, Jägerstraße 4.

### Literarisches.

Die Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften und ihre Vertrauensärzte. Geschrieben nach den eigenen Erfahrungen von Karl Hoffstädt, ergänzt von Joh. Reim. Preis 15 Pfennig. Zu beziehen ist die Broschüre von der Expedition des „Handelskassenscheiter“, Berlin S., Kommandantenstr. 25. In der Broschüre ist ein schönes Bild praktischer Erfahrung über das Druck- und Sparsystem der Berufsgenossenschaften und die Tätigkeit der Vertrauensärzte enthalten, mit denen mancher Arbeiter schon sehr unliebsame Erfahrungen gemacht hat.

### Sterbetafel.

Kollege W e r t h m a n n aus Sophienthal, geb. am 8. Februar 1869, eingetreten am 12. September 1896, gestorben am 27. Mai 1899.

### Briefkasten.

Ein Flugblatt, geeignet zur Agitation, kann von uns bezogen werden. M. Brey.  
Wegen Raummangels mußten mehrere Einsendungen zurückgestellt werden. Das zu Einsendungen verwandte Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden. D. H.

### Inserate.

An die Zahlstellen des Gaues 5.  
Die Konferenz beginnt um 11 1/2 Uhr.  
S. A.: Der Gauvorstand.

### Zahlstelle Kolberg. [0,80 Mk.]

Unsere nächste Monatsversammlung findet am Sonnabend, den 10. Juni, Abends 8 Uhr, statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, wegen Wichtigkeit der Tagesordnung pünktlich zu erscheinen.  
S. A.: Brandt.

### Zahlstelle Götthen.

Unsere Mitglieder-Versammlungen finden regelmäßig am Sonnabend vor dem 1. und 15. jeden Monats im „Goldenen Engel“ statt. Nächste Versammlung Sonnabend, den 10. Juni, Abends 8 1/2 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, mehr als bisher die Versammlungen zu besuchen.  
Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Bergedorf.

Sonnabend, den 10. Juni 1899, Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Vereinslokale St. Petersburg.  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Sommervergnügen. 4. Verbandsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwarten  
Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle Rosswitz (Anhalt).

Sonntag, den 4. Juni, Morgens 8 1/2 Uhr: **Versammlung** im Lokale des Herrn Richter.  
Um 12 1/2 Uhr Abfahrt nach Rosslan zum **Ausflug nach Weinsdorf.**  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
1,35 Mk.] Der 1. Bevollmächtigte.

### Zahlstelle Langenfelde-Stellingen.

Sonntag, den 11. Juni, im Lokale des Herrn Böscke, Park-Hotel, Riensdorf: [1,65 Mk.]  
**Großes Sommerfest**  
bestehend in Freiskegeln und -Schüssen für Herren und Damen und Tanz. — Um 10 Uhr: Große Polonaise. Anfang 4 Uhr Nachm. Karten à 30 Pfg.  
Um zahlreichere Beteiligung der Mitglieder der Nachbar-Zahlstellen ersuchen  
Die Bevollmächtigten.

### Zahlstelle St. Georg.

Sonntag, den 11. Juni, Nachmittags 4 Uhr, in Kaffeehaus Stabliement, Darmbaderstraße 4:  
**Großes Sommer-Vergnügen**  
1,50 Mk.] bestehend in Ball, Freiskegeln, Damen- u. Kinderbelustigung. Um zahlreichen Besuch, auch aus benachbarten Zahlstellen, ersuchen  
Die Bevollmächtigten.

### Quittungsmarken,

≡ Rabattmarken, Kaufstempeln, ≡ sowie alle Druckarbeiten in Buch- u. Steindruck liefert sauber und preiswert  
**Konrad Müller,** Schkeuditz-Leipzig. Schkeuditz-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis.